

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Rehabilitierung und Ausgleich für in der DDR erlittene Verfolgung und Benachteiligung

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine oder mehrere Bundesratsinitiativen zur Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und des Bundesversorgungsgesetzes auf den Weg zu bringen.

Dabei geht es konkret um folgende Ziele:

- Anpassung der Opferrente und der Ausgleichsleistungen nach § 8 BerRehaG an die Inflation,
- Erweiterung der Ausgleichsleistungen für verfolgte Schüler nach §8 BerRehaG,
- Ausweitung der Ausgleichsleistungen für Opfer von Zersetzungsmaßnahmen des MfS analog dem § 8 BerRehaG,
- Beweiserleichterung bei der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden von politischer Verfolgung,
- Streichung der Frist für das Auslaufen der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis Ende Dezember 2017 zu berichten.

Begründung:

Die Praxis der Rehabilitierung und Unterstützung von Benachteiligten der SED-Diktatur in den vergangenen Jahren muss regelmäßig überprüft und weiter entwickelt werden. Über Probleme und Verbesserungsbedarfe berichten die Landesbeauftragten der ostdeutschen Bundes-

länder für die Aufarbeitung regelmäßig. Das betrifft einfache Dinge wie eine Anpassung an die Inflation, aber auch komplexe Themen wie die Beweisführung bei gesundheitlichen Schäden.

Die vorgenannten Gesetze und Regelungen bedürfen aktuell auf der Bundesebene einer Überarbeitung. Dafür soll sich der Senat gemeinsam mit anderen Bundesländern einsetzen.

Berlin, den 28. März 2017

Saleh Dr. West
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Zillich
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Otto
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen